

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 19 (1939-1940)
Heft: 7

Artikel: Stalin und die russische Revolution
Autor: Walter, Emil J.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-333838>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 03.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

duellen Werte und der Anforderungen der Gesellschaft. Dieser Ausgleich aber ist niemals vollendet und endgültig erreicht, er bleibt eine immer aufs neue zu lösende Aufgabe der Humanität; und wir fühlen, daß heute in der Verbindung von Freiheit und Gleichheit das Schwergewicht sich nach der Seite der Gleichheit und der ökonomischen Gerechtigkeit, vom Individuellen also nach der Seite des Sozialen verlagert. Die *soziale Demokratie* ist heute an der Tagesordnung — nur in dieser geistigen Form und Verfassung, als eine zum Sozialen gereifte Freiheit, die gerade durch freiwillige Zugeständnisse an die Gleichheit die individuellen Werte rettet, als ökonomische Gerechtigkeit, die alle ihre Kinder fest an sie bindet, kann die Demokratie dem Ansturm eines entmenschenden Gewaltgeistes standhalten und ihre große konservative Aufgabe erfüllen: Wahrerin zu sein des christlichen Fundaments abendländischen Lebens, der Gesittung selbst gegen die Barbarei. —»

Das ist eine Deutung, vor der England sehr wohl bestehen kann. Denn wenn Demokratie vor allem Ausgleich zwischen den individuellen Werten und den Anforderungen der Gesellschaft ist, und wenn die Demokratie sich durch eine Politik des sozialen Fortschritts ausweisen können muß, dann schneidet England im Vergleich mit andern Demokratien recht günstig ab, auch wenn diese äußerlich einen frischer und demokratischer anmutenden Anstrich haben mögen.

Stalin und die russische Revolution

Von Emil J. Walter

Der 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale beschloß im Jahre 1920 die berühmten 21 Bedingungen zur Aufnahme in die Dritte Internationale, wonach die Propaganda der aufzunehmenden Parteien einen kommunistischen Charakter besitzen müsse, alle Reformisten und Zentristen aus der Partei zu entfernen seien, die Partei den Namen «Kommunistische Partei» anzunehmen habe, die Presse dem Parteivorstand zu unterstellen und der Parteiapparat streng zentralistisch aufzubauen sei; auch sei ein illegaler Apparat einzurichten oder vorzubereiten:

«Diejenigen Parteien, die jetzt in die Dritte Internationale eintreten wollen, müssen dafür sorgen, daß nicht weniger als zwei Drittel der Mitglieder des Zentralkomitees . . . aus Genossen bestehen, die sich noch vor dem 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale unzweideutig für den Eintritt der Partei in die Dritte Internationale öffentlich ausgesprochen haben. Ausnahmen sind zulässig mit Zustimmung der Exekutive der Dritten Internationale. Diejenigen Parteiangehörigen, welche die von der Kommunistischen Internationale aufgestellten Bedingungen und Leitsätze grundsätzlich ablehnen, sind aus der Partei auszuschließen. Dasselbe gilt namentlich von Delegierten zum außerordentlichen Parteitage.»

Eine kleine Gruppe von russischen Politikern beanspruchte damit für sich die diktatorische Leitung der internationalen Arbeiterbewegung. Das *Führerprinzip* war geboren. Mit andern Worten, um eine geschlossene, aktionsfähige, «wirklich» revolutionäre Internationale zu erhalten, sollten alle jenen Führer und Massen ausgeschlossen werden, welche zum «Zentrum» der sozialistischen Bewegung gehörend, in irgendeiner Form mit dem Klassengegner paktiert hatten oder theoretisch zu Kompromissen geneigt waren. Lenin forderte so den Ausschluß Turatis, Kautskys, Hilferdings, Longuets, Macdonalds u. a. m.

Seither sind 20 Jahre vergangen. Der Versuch der Errichtung einer jakobinischen Diktatur über Rußland und die internationale Arbeiterbewegung ist längst gescheitert. Am 23. August 1939 schloß Stalin seinen Pakt mit Hitler. Angeblich handelte es sich um einen Nichtangriffspakt, in Wirklichkeit war es ein *politisches Bündnis*, wobei Rußland Ostpolen und die Beherrschung des baltisch-finnischen Raumes zugesprochen erhielt. Dies hinderte Kommunisten und Kommunistenfreunde nicht, die russische Politik als eine Politik des «Friedens» zu bezeichnen. Inzwischen haben die Ereignisse, die zum finnisch-russischen Konflikt führten, auch diese Illusionen als Propagandalügen entlarvt. Der «friedliebende» Staat Stalins ist im Begriffe, das finnische Volk von seinen «Unterdrückern» zu befreien. Trotzdem noch am 3. Juli 1939 das finnische Volk in freier Wahl unter 200 Abgeordneten 85 Sozialisten, 56 Bauern, 12 Schweden, 8 Fortschrittler usw. wählte.

Es wiederholt sich das Schauspiel, das seinerzeit im Jahre 1921 der Kampf um Georgien bot. Bloß daß 1939 der Bolschewismus nicht mehr ist, was er 1927 oder 1919 war, daß «Bolschewisierung» durch den Stalinschen Absolutismus keineswegs mehr die gleiche soziale Funktion erfüllt wie die «Bolschewisierung» im Jahre 1919.

Rußland bezeichnet sich auch heute noch als die Union sozialistischer Sowjetrepubliken (USSR.). So schreibt es die Tradition oder, wenn man will, die Firma vor. Aber hinter diesem Firmenschild verbirgt sich ein ganz anderer als ein sozialistischer Inhalt. Unter dem *Kriegskommunismus* hatte die Gleichheit vor dem Hunger geherrscht. Die *Neppolitik* stellte 1921 Klassen und Stände wieder her. Zwar hatte der Bürgerkrieg die feudalen und großbürgerlichen Schichten ausgerottet oder aus dem Lande vertrieben, die kleinbürgerlichen Kreise und die Intellektuellen dezimiert, aber unter der Neppolitik restaurierte sich mit der Geldwirtschaft das Grundeigentum der Bauern, eine bevorzugte Stellung der Mitglieder der Tscheka, der Offiziere und Unteroffiziere des Heeres, der Staats- und Parteibeamten, der Techniker, Angestellten, Ärzte, Lehrer und Künstler.

Durch die Wirtschaftspolitik der *Fünfjahrespläne* wurde seit 1928 die Macht der staatlichen Bürokratie derart gestärkt, daß eine *neue Klassenherrschaft* auf den Spitzen der Bajonette der GPU. entstand.

So konnte Stalin zwischen 1935 und 1937 es wagen, dem Prinzip der Parteidiktatur die demokratische Auflockerung der Sowjetverfassung zu opfern. Schon im Jahre 1921 hatte ein analoger Konflikt die Politik Lenins bedroht: Als die Kronstädter Matrosen die Rückkehr zur Räte-

demokratie mit freien und geheimen Wahlen, mit Presse- und Redefreiheit forderten, entschied sich Lenin für die Diktatur, für das politische Monopol der KP., stellte dagegen die Wirtschaftspolitik auf den Nepkurs um. Mit innerer Zwangsläufigkeit führten die Tendenzen, die «Einheit der Partei» über alles zu stellen, schließlich zur *persönlichen Diktatur Stalins**.

Aber auch Stalin ist nicht allmächtig. Stalin ist nur deshalb absoluter Herrscher über Rußland geworden, weil er der machtpolitische Exponent, die politische Spitze jener neuen Ausbeuterklasse ist, welche das heutige Rußland beherrscht: die *Klasse der Bürokraten*, an deren Spitze die hohen Militärs, die oberen Funktionäre des Staats- und Parteiapparates sowie die Kader der GPU. stehen. Die russische Planwirtschaft ist eine Polizeiwirtschaft und damit zur Sklavenwirtschaft entartet. Dementsprechend ist die Produktivität der russischen Industrie erstaunlich gering. Je brutaler das Regime um sich schlägt, um so auswegloser wird die Lage. Die Angst vor der militärischen Auseinandersetzung mit Deutschland trieb Stalin in die Arme Hitlers, ließ Stalin Japan immer größere Konzessionen machen, verlockte die russische Regierung in das finnische Abenteuer, wo mit Bombenflugzeugen angeblich der Weltrevolution Bahn gebrochen werden soll.

Mit Recht hat Trotzki** Stalin seit Jahren des Verrats an der russischen Revolution angeklagt, behauptet, die stalinistischen Methoden hätten Rußland organisatorisch und militärisch entscheidend geschwächt. Möglicherweise würde Trotzki an Stalins Stelle nicht derart schwere Mißgriffe wie Stalin gemacht haben, aber gerade diese persönlichen Qualitäten haben Trotzki den Aufstieg zum russischen Diktator erschwert, wenn nicht geradezu verunmöglicht.

Stalin kennt Westeuropa nicht, Stalin unterschätzt die Macht und den Einfluß der Gesinnung der westeuropäischen Völker. Nur deshalb konnte Stalin Finnland gegenüber eine Politik betreiben, die brutal dort forderte, wo der aufrichtige Ausgleich eine viel bessere Sicherung geboten hätte.

Die friedliche, demokratische Gesinnung des finnischen Volkes hätte Leningrad weit mehr gesichert, als dies alle noch so großen militärischen Erfolge der Russen je tun könnten. Auch vermag der Drang nach dem Weltmeer, nach atlantischen Häfen kein einziges russisches Wirtschaftsproblem zu lösen. Der freie Zugang zum Weltmeer ist nur eine militärisch-strategische Forderung, aber keineswegs eine wirtschaftliche Notwendigkeit.

Wie 1920 die Kommunistische Internationale auf dem Prinzip des «demokratischen Zentralismus» aufgebaut wurde, so wurde auch die *russische Planwirtschaft* nach diesem Prinzip «durchkonstruiert». Und der Mißerfolg ist auf beiden Gebieten derselbe. Die Dritte Internationale ist nur noch ein politischer und ideologischer Trümmerhaufen. Die russische Planwirtschaft ist ein Chaos, das durch Todesurteile gegen

* Siehe «Rote Revue» 1938: «Blutige Selbstkritik der Diktatur».

** Trotzki: «Die verratene Revolution». Siehe auch «Rote Revue» 1938 unser Artikel «Vierte Internationale?».

«Saboteure» und «Trotzkisten» keineswegs geordneter wird. Die berühmten Sowchosen, die großen Sowjetgüter, welche durch unwirtschaftlich eingesetzte Traktoren bewirtschaftet wurden, sind längst unter die Kolchosbauern aufgeteilt worden. Die russische Regierung sieht sich gezwungen, an die Kolchosbauern immer weitergehende Konzessionen zu gewähren. Und in der Industrie gelingt es nicht, die Leistungsfähigkeit über ein bestimmtes, primitives Niveau zu steigern, weil die bürokratische Zentralisierung Qualitätsarbeit, Qualitätsleistung und Selbstverantwortung unmöglich machen. So wird die Planwirtschaft zu einem unproduktiven Leerlauf, zu einer fürchterlichen Vergeudung der Arbeitsleistung der industriellen Arbeiterklasse, wird die Bürokratie zum *Ausbeuterorden*, der, wie seinerzeit die katholische Kirche die Christenheit, heute Rußland nicht als individuelles Eigentum, wohl aber als kollektives Eigentum ausbeutet und ausplündert.

Deshalb geht heute auch in Rußland *der Weg des Fortschrittes* nur über den Sturz der Diktatur *zur Demokratie und Selbstverwaltung*, über die Vernichtung der Stalinclique und GPU. zur Rettung der russischen Revolution. Die geschichtliche Leistung der russischen Revolution kann heute nur noch *gegen, aber nicht mehr mit Stalin* gerettet werden. Der politische Sturz Stalins ist notwendig und unvermeidlich geworden. Und mit Stalin müssen auch alle andern Diktatoren fallen, soll Europa gesunden und der demokratische und soziale Fortschritt gesichert werden.

Reichseinheit und europäische Frage

Von Dr. R u d o l f P a u l

Daß sich mit der Entwicklung des deutschen Bürgertums auch der Drang nach der Schaffung einer Reichseinheit entwickelte, war nur zu natürlich. Allzulange war Deutschland vom frühen Mittelalter bis ins 18., ja 19. Jahrhundert hinein ein aus Hunderten von weitgehend unabhängigen Staaten jeder Größe bestehendes Gemenge gewesen, um in dem zu wirtschaftlicher Bedeutung und geistigem Selbstbewußtsein gelangenden Bürgerstände die Sehnsucht nach einem freien, geeinten Deutschland zu erwecken. Handel, Gewerbe, Verkehr, die Hebung des Bildungsniveaus erforderten die Abtragung der unzähligen Staats- und Zollgrenzen auf dem deutschsprachigen Gebiete, in dem sich mit dem Selbstbewußtsein des dritten Standes auch ein kulturell gefärbtes nationales Selbstbewußtsein zu entwickeln begonnen hatte. Zudem waren die Nachbarstaaten: Frankreich, England und Rußland, bereits zu Einheitsstaaten zusammengewachsen. Schon in den Freiheitskriegen gegen Napoleon I., speziell in der Burschenschaftsbewegung der bürgerlichen akademischen Jugend, war das Streben nach bürgerlicher Freiheit und nationaler Einheit stark zu verspüren gewesen. Der Widerstand dagegen ging von den Regierungen der Einzelstaaten aus, die im Festhalten an ihren landesväterlichen und feudalen Vorrechten unter Führung Preu-